Nr. 341 1. Ausgabe

Sonntag, 15. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.52, vierteljährl. Kr. 6.30
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.42, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Anzeigenpreise
Die einspaltige Kolonelzeile zahlt für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Lehren- oder Kaufgesuche 50% Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach tabellarischen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufträge und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarife an.

Neue Enthüllungen aus der Geschichte des Krieges

Die Pläne der Entente

✉ **Rotterdam, 14. Dezember.** (Eigener Drahtbericht.) Die „Haagsche Post" erhält von diplomatischer Seite aus Paris folgende Meldung: **Die alliierten Regierungen untersuchen augenblicklich die wirtschaftspolitischen Probleme Nordwesteuropas. Der Rhein soll künftig zusammen mit der kanalisierten Wesel den großen Verkehrsweg bilden zwischen England und Elsaß-Lothringen einerseits und zwischen Elsaß-Lothringen und den süddeutschen Staaten andererseits. Das Rheinland und Westfalen sollen fester mit dem Westen verknüpft werden, weniger mit Berlin. Böhmen erhält für die Ausfuhr die Benutzung einer neuen Eisenbahnlinie Prag—Straßburg. Deshalb muß Holland baldigst die vertrauliche Annäherung an die Entente suchen. Frankreich, das von neuem bis ans Rhein-Ufer reichen soll, wünscht freundschaftliche Beziehungen zu Holland.**

Lloyd George ermächtigte den „Evening Standard" zu der Erklärung, daß er **unter allen Umständen für die Abschaffung der Dienstpflicht in Großbritannien** sei und darauf hinwirken werde. **Asquith** sagte in einer Rede, **England müsse sich die Seeherrschaft erhalten.** Er stimme auch mit dem überein, was **Lloyd George** gestern über die **Deutschland aufzuerlegenden Zahlungen** gesagt habe.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes

✕ **Trier, 13. Dezember.** Der **Waffenstillstandsvertrag** wurde heute vormittag um 11¾ Uhr deutscher Zeit im Salonwagen des Marschalls Foch in Trier **verlängert.** Der **Wortlaut des Abkommens** ist wie folgt:

Die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten, kraft deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 unterzeichnet haben, haben folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen:

1. Die Dauer des am 11. November 1918 abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert worden, also bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschlusse des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben zur Zeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes an den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgestellten Vorschriften nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluß geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November 1918 hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, von jetzt an, wenn es dies für angebracht erachtet wird, um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rhein-Ufer nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Die Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden.

Trier, den 13. Dezember 1918.

(gez.) F. Foch. A. O. Wemyss. Römer'rat. Erzberger. A. Oberndorff. v. Winterfeld. Vanselow.

Die Klausel, die die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschlusse des Präliminarfriedens sowie die vorherige Anzeige zur Besetzung der neutralen Zone vom Kölner Brückenkopf bis zur holländischen Grenze betrifft, wurde auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen. Zur Erklärung des Ausdrucks „Kontrolle der Alliierten" in dem Sinne, daß die Schiffe hierbei selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden könnten, antwortete Marschall Foch im Prinzip zustimmend. Aus den weiteren Bestimmungen geht sodann hervor, daß diese Versorgung mit Lebensmitteln von zwei Kommissionen geregelt werden wird. Die eine, die Lebensmittel aufkauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte Kommission ihren Sitz in London hat. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transports und dieser Ausnutzung des deutschen Schiffsraumes einverstanden. Marschall Foch sagte zu, dieses Einverständnis dem Lebensmittelkontrolleur Hoover zu übermitteln, damit die Verhandlungen zwischen den Schiffsparkfachverständigen und dem Ausschuß, der deutscherseits für die Einführung von Lebensmitteln eingesetzt ist, alsbald aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen werden nicht in Spa stattfinden.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, daß die Abgabe des Verkehrsmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen würde, und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein würden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag sieht im einzelnen vor, daß während der ersten zehn Tage vom 18. Dezember an täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen, sodann während der übrigen 20 Tage je 150 Lokomotiven und 3000 Wagen abgeliefert würden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzerer Frist drang nicht durch. Insbesondere gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften im Falle der Ablieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt wurde, zu mildern. Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Linienschiff „Baden" an Stelle des Panzerkreuzers „Mackensen" abgeliefert werde, der nicht schleppbereit ist. Letztere Tatsache war bereits am 11. November im Walde von Compiègne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine Neuforderung gestellt worden war. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgebrachte Forderung als einen Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer haben ihre Forderung nicht zurückgezogen.

Ein Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger wegen der in Ostafrika befindlichen Kolonialgefangenen wird vom Marschall Foch geprüft. Die Antwort ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Marschall Foch verläßt Trier heute nachmittag 2 Uhr. Die aus Spa zu den Verhandlungen eingetroffenen Mitglieder der Waffenstillstandskommission treten zur selben Zeit die Rückreise an. Die von Berlin gekommenen Delegierten werden heute abend über Kassel, Wilhelmshöhe dorthin zurückkehren.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Wilsons Ankunft in Brest

Der Dampfer „George Washington" ist am Freitag mittag 12 Uhr 50 Minuten in Brest eingetroffen. Präsident Wilson ist alsbald an Land gegangen. New-Yorker Blätter empfingen von ihren Korrespondenten, die an Bord des „George Washington" mit dem Präsidenten reisen, drahtlose Telegramme. Aus diesen geht hervor, daß die ersten nicht formellen Konferenzen zwischen den alliierten Premierministern am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag stattfinden, doch sei es möglich, daß im Zusammenhang mit andern Angelegenheiten die allgemeine Zusammenkunft bis zum 3. Januar hinausgeschoben würde. Wilson würde von dieser Verzögerung profitieren, um die belgischen, französischen, englischen und amerikanischen Truppen zu besuchen. Auch würde er einen Ausflug nach Italien machen, vermutlich auch einer Parade in Paris beiwohnen. Der Präsident hofft, daß der Friedensvertrag vor Ende März unterschrieben werden wird. Sollte dies nicht der Fall sein, dann würde eine zweite Reise nach Frankreich notwendig, doch hofft der Präsident, diese Reise vermeiden zu können.

•

Amerikas Friedensprogramm

* **Rotterdam, 14. Dezember.** Holländisch Nieuws Bureau meldet aus Baltimore: Der amerikanische Staatssekretär der Marine, Daniels, hielt eine Rede über Amerikas Friedensprogramm, in der er sagte, die Vereinigten Staaten würden auf der Friedenskonferenz keinen Schadenersatz fordern. Er sagte, wenn die andern Nationen sich bewaffnen, müsse Amerika natürlich das auch tun, und vor allem müsse die Handelsflotte auf voller Höhe gehalten werden. Als die reichste Nation, die am wenigsten im Kriege gelitten habe, müsse Amerika auch alles dazu beitragen, die Welt wiederaufzubauen. Solange Amerika noch Brot habe, werde es dafür sorgen, daß weder Freund noch Feind Hunger leide. Das amerikanische Volk werde Gerechtigkeit verlangen, aber keine Rachsucht dulden. Bis die Nationen übereingekommen seien, ihre Rüstungen auf eine verständige Basis zu vermindern, müßten die Vereinigten Staaten ihre Marine auf der gleichen Höhe wie die andern Nationen halten. Auf der Friedenskonferenz müßten die amerikanischen Abgeordneten definitive und vollständige Garantien für die Freiheit der Meere und den Völkerbund verlangen, damit alle Völker vor der Gefahr eines neuen Krieges sicher seien.

Die von holländischen Blättern gebrachte Meldung, wonach Staatssekretär Lansing erklärt habe, daß keine Lebensmittel nach Deutschland gesandt würden, bevor die Nationalversammlung gewählt worden sei, wird nach einer Reuter-Meldung aus Washington für unrichtig erklärt.

Verstärkung der feindlichen Besatzungstruppen

w. **Frankfurt, 14. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Trier wurde das Besatzungsheer in Trier auf 30 000 Mann, das Besatzungsheer im Bezirk Köln auf 45 000 Mann gebracht. Im ganzen besetzten Gebiete werden neue Garnisonen der Alliierten eingerichtet. An den Rheinübergängen werden gleichfalls starke Besatzungen konzentriert. — Schweizerische Blätter melden aus Paris, daß Artillerie-Transporte auch in der letzten Woche noch aus Paris nach dem Nordosten abgehen. — Der „Corriere della Sera" meldet aus London: Die Alliierten haben die Erhöhung der Stärke der Besatzungsheere für das deutsche Gebiet auf 650 000 Mann beschlossen. Man glaubt, daß die nächsten 14 Tage die Entscheidung in der Bewegung der nach der Macht ringenden radikalen Gruppe bringen werden.

•

Besetzung der Kruppschen Werke?

Das Direktorium der Firma Krupp rechnet, wie in einer Versammlung der Kruppschen Hilfsmeister auf Grund von Verhandlungen mit der Firma mitgeteilt wurde, mit der bevorstehenden Besetzung der Kruppschen Werke durch den Feind. Deshalb könne von einer regelmäßigen Produktion keine Rede sein. Die von den Hilfsmeistern geforderte Anstellung sei unmöglich, weil Krupp höchstens noch 20 000 Personen, einschließlich der wieder zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, beschäftigen könne. Dadurch, daß die Firma jetzt täglich ungefähr zwei Millionen Mark an Löhnen auszahlen müsse, werde ihr Kapital aufgezehrt.

Früherer Termin der Nationalversammlung?

Infolge der allgemeinen Lage und der immer stürmischer geäußerten Wünsche der Bevölkerung wird die Wahl der Nationalversammlung, wie Berliner Blätter melden, vermutlich zu einem früheren als dem ursprünglich angenommenen Termin stattfinden. Die Behörden haben bereits begonnen, sich mit dieser Möglichkeit vertraut zu machen und ihre Arbeit darauf einzustellen. — Die preußische Regierung hat, einer amtlichen Meldung zufolge, bestimmt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung stattfinden sollen.

Voraussichtlich wird die am kommenden Montag in Berlin zusammentretende Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands über den endgültigen Termin der Wahlen beschließen. Die Delegierten der Soldatenräte Groß-Berlins, die auf dem Boden der Mehrheitspartei stehen, haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei von Groß-Berlin stellten eine Wahlliste von 13 Namen für die Delegierten zur Reichskonferenz des 16. Dezember zusammen. Darunter befindet sich ein Vertreter bestimmter Berufe, der Präsident der deutschen Bühnengenossenschaft, Rickelt. Der Lehrerschaft konnte kein besonderer Kandidat zugestanden werden. Die Versammlung trat geschlossen für die Beschleunigung der Nationalversammlung ein.

•

Gewaltpolitik der Spartakus-Leute

kg). **Berlin, 14. Dezember.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Erklärungen in den Berliner Fabrikversammlungen fordert die Spartakus-Gruppe ihre Anhänger in Deutschland zur gewaltsamen Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung auf. — Außer der Garde-Kavallerie-Schützen-Division haben auch die Regimenter in Potsdam sich der Reichsregierung zur Verfügung gestellt und fordern die Entwaffnung Liebknechts und der Spartakus-Anhänger.

Unterredung mit Scheidemann

+ **Kopenhagen, 14. Dezember.** (Priv.-Tel.) Aus einer Unterredung des Berliner Sonderberichterstatters der „Berlingske Tidende" mit Scheidemann sei folgendes wiedergegeben: Auf die Frage, wie sich Scheidemann zur Reichsregierung und zur Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands stelle, erklärte er: „Die neuen Zustände befestigen sich augenscheinlich. Der tägliche Lärm der Spartakus-Gruppe steht in keinem Verhältnis zu dem wirklichen Einflusse. Wenn man 50 davon verhaftete, könnte man wahrscheinlich die ganze Bewegung lähmen, aber die Regierung will keine Gewalt anwenden, doch wird man wahrscheinlich erwägen, sie zu entwaffnen." Scheidemanns bestimmte Auffassung geht dahin, daß Liebknecht nicht ganz normal sei, seine Worte und Handlungen deuteten darauf. Die heimkehrenden Frontiruppen ständen vollständig auf seiten der neuen Regierung. Die A.- u. S.-Räte seien nur eine provisorische Einrichtung. Die Wahlen zur Nationalversammlung würden spätestens Mitte Februar, vielleicht früher stattfinden. Vielleicht werde die Entscheidung der A.-u.-S.-Räte-Konferenz in Berlin am 16. Dezember die schnellstmögliche Einberufung verlangen. Als künftige Staatsform Deutschlands nimmt Scheidemann eine rein sozialistische Republik an. An Lossagungsbestrebungen deutscher Staaten glaube er nicht. Vielleicht würden innerhalb der deutschen Republik mehrere selbständige Staaten eingerichtet. Ueber die Stellung zu den Friedensbedingungen der Entente befragt, erwiderte Scheidemann: „Die Entente hat die Friedensbedingungen noch nicht bekanntgemacht, aber wir haben uns selbst entwaffnet und werden natürlich die Konsequenzen daraus ziehen, doch glaube ich, Amerika, England und Frankreich werden einsehen, daß sie den Bogen nicht zu straff spannen dürfen. Falls das deutsche Volk nicht schnell Hilfe findet, können die Verhältnisse sich mit Plünderungen und Unruhen nach russischem Muster entwickeln, so daß Deutschland eine Gefahr nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt wird." Den Zusammenbruch der bolschewistischen Regierung erwartet Scheidemann binnen weniger Wochen und glaubt nicht, daß das russische Volk für eine sozialdemokratische Republik reif ist. Es müsse sicherlich noch viele Krisen durchmachen.

Der deutsche Botschafter in Madrid

+ **Berlin, 14. Dezember.** (Priv.-Tel.) Das Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende" meldet über Paris von der spanischen Grenze, daß der frühere Polizeikommissar, Bravo Portillo, der unter dem Verdacht der Deutschenspionage verhaftet war, freigelassen wurde. Während der Verhandlungen gegen ihn kamen so kompromittierende Mitteilungen über den Botschafter Ratibor zutage, daß man es für praktisch hielt, den Skandal zu vertuschen. Portillos Befreiung soll auf den Druck der deutschen Botschaft auf die deutschfreundlichen Behörden Barcelonas beruhen, aber die ganze Sache sei so wichtig, daß die spanische Regierung nicht darum herumkommen kann. Der „Vorwärts" berichtete schon vor mehreren Tagen, daß der neue spanische Ministerpräsident die Abberufung des Fürsten Ratibor fordern werde.

Wie sie sich täuschten

* **Berlin, 14. Dezember.**

Die neue Rede des Grafen Czernin gab nur einen Ausschnitt aus dem Aktenmaterial und bedarf in vielen Punkten der Ergänzung. Einen bemerkenswerten Beitrag gibt das „Hamburger Fremdenblatt", das in der Lage ist, das Schreiben Kaiser Carls, die Erwiderung Kaiser Wilhelms und das Exposé Bethmann Hollwegs vom 9. Mai 1917 auszugsweise zu veröffentlichen. Dem Brief des österreichischen Kaisers lag das Memorandum Czernins bei, der Antwort des Deutschen Kaisers das Exposé Bethmann Hollwegs, das vor allem dadurch bemerkenswert ist, daß der verantwortliche Leiter der Reichspolitik sich darin durchaus den Gedanken aneignet, für die auch Czernin lediglich die Militärs verantwortlich machen will. Der Brief Kaiser Carls war offenbar aus Angst vor einem Ueberspringen der russischen Revolution geboren. Er verwies vor allem auf die Gefahr einer internationalen Revolution und allgemeinen Hungersnot. Deshalb forderte er die rasche Beendigung des Krieges, eventuell unter schweren Opfern, zur Verhütung der sich vorbereitenden Umsturzbewegungen.

Die Antwort des Deutschen Kaisers

beruft sich auf die Bethmannsche Darlegung der Gesamtlage und spricht die Zuversicht auf ein glückliches Endergebnis des Krieges aus. Insbesondere verweist Wilhelm II. auf die in kurzen Pausen ohne genügende Vorbereitung erfolgenden englischen Angriffe, die ein untrügliches Zeichen für die politische und wirtschaftliche Zwangslage Englands seien. Die Mobilisierung in England und das Mißlingen der Offensive würden die Willenskraft lähmen. Die Kraftanstrengungen würden bald nachlassen und sich in kürzester Zeit nicht wiederholen. Rußland erlahme, Amerika könne in absehbarer Zeit nicht helfen, die Zeit sei unser Bundesgenosse geworden. Ferner lehnt der Kaiser einen Vergleich mit den Vorgängen in Rußland ab, denn Rußland trage die Schuld am Kriege und sei besiegt, wir aber seien schuldlos und siegreich. Im Gegensatz zu der Auffassung Carls würde gerade ein Friede mit großen Opfern und den unvermeidlich folgenden Depressionen eine Gefahr für die Monarchie werden. Der Kaiser schloß: „Ich hege weiter die Hoffnung, daß Du den Anschauungen beipflichten wirst, die mich in bezug auf Krieg und Frieden erfüllen."

Das Exposé Bethmann Hollwegs,

das dem Brief des Kaisers beilag, ist vom 9. Mai 1917 datiert und besagt, die Angriffe im Westen seien zerschellt, weitere würden zerschellen. Dieselbe Zuversicht bestehe für die Ostfront, die durch die Entlastung der Ostfront neue freigewordene Kräfte erhalte. Gegen das Uebergreifen der russischen Revolution müsse man eventuell die Ostgrenze absperren. Rohmaterial sei in beiden Monarchien reichlich vorhanden, die Verpflegung reiche bis zur Ernte (in Oesterreich durch Zuschuß von Rumänien). Amerikas Kriegserklärung und das spätere Abbröckeln andrer Neutralen infolge des U-Boots-Krieges sei vorauszusehen gewesen, aber die Nachteile des U-Boots-Krieges würden durch seine Vorteile weit übertroffen. Das Schwergewicht des Krieges sei vom Osten nach dem Westen gerückt, wo England die andern Verbündeten immer wieder aufspeiche. Daher müsse ein entschlossener Angriff auf den Brennpunkten erfolgen. Der U-Boots-Krieg übertreffe weit die Berechnungen und Erwartungen (Hinweis auf Helfferichs Rede). Mehr Frachtraum für Getreide habe die Entente wegen des Holz- und Erzzuführen nicht frei. Die Lebenshaltung der Bevölkerung würde daher bei unsern Feinden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt werden. Die Hoffnung, Deutschland durch Uebermacht an Geschützen und Munition zu schlagen, würde bald aufgegeben. Amerikas Mehrleistung in der Munitionserzeugung würde durch den Tonnageverlust wettgemacht. Die angekündigten tausend amerikanischen Holzschiffe würden nach vier Monaten zu spät kommen. Eine englische Autorität sage, es gebe nur zwei Wege, entweder schneller Schiffe bauen als versenkt würden oder die U-Boote schneller vernichten als sie gebaut werden. Das erste sei unmöglich, das letztere ebenfalls, da unsre Verluste durch Neubauten weit übertroffen würden. Daher könne man mit voller Zuversicht auf die aufsteigende Wirkung des U-Boots-Krieges schauen. Ferner habe man eine geheime, aber sichere Nachricht. Pichon habe zum italienischen Botschafter in Paris gesagt,

Frankreich gehe der Erschöpfung entgegen

Seither seien die französischen Blutopfer ungeheuerlich. Die durch künstliche Anreizmittel hergestellte Stimmung müsse einen schweren Rückschlag erfahren. Wir würden durchhalten ohne größeres Kriegsglück oder eine Bedrohung unsres staatlichen Gefüges. Er sei mit Czernin darin einig, einen den Interessen des Reiches und unsrer Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden so bald als möglich herbeizuführen, einig auch darin, daß die Friedensaktion erfolgen müsse, solange die politische und militärische Initiative noch in unsern Händen sei. Aber in zwei bis drei Monaten? Die Entente hoffe immer noch auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität. Daher würde eine zu stark unterstrichene Friedensbereitschaft jetzt zur Erfolglosigkeit verdammt sein. Sie würde außerdem den Schein der hoffnungslosen Erschöpfung erwecken und den Mut der Gegner heben. Jetzt sei ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung möglich. Das wäre nur zu ertragen unter verhängnisvoller Gefahr für die Monarchie. Ruhe, Entschlossenheit und nach außen dokumentierte Zuversicht sei mehr denn je geboten. Der russische Parteikampf beschränke sich mehr und mehr auf Kriegs- und Friedensfrage. Nur die Partei werde sich am Ruder halten, die den Weg des Friedens

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918121501/1